

20 Prozent-Rabatt für 4er-Tickets – das soll alles gewesen sein !?



Auch VRR lässt Einkommensschwache beim Sozialticket im Stich !

Zur Erinnerung: Wir hatten in Dortmund 2 Jahre lang ein halbwegs erschwingliches Sozialticket für einkommensschwächere Mitbürger, zum Preis von 15 Euro im Monat. Die hohe Nachfrage – bis zu 24.000 AbonentInnen – überraschte damals sogar Optimisten. Und auch bundesweit fand das Modell große Beachtung.

Als der Rat der Stadt Dortmund Anfang 2010 die Vergünstigung wieder abschaffte, wurde auf die geplante Einführung eines Sozialtickets durch den VRR verwiesen. Wir waren damals skeptisch. Leider zurecht, denn mittlerweile ist klar, dass auch vom VRR in dieser Frage nicht viel zu erwarten ist.

Nach einer schwarz-grünen Verabredung auf VRR-Ebene sollte das neue Angebot ursprünglich bereits zum 1. August letzten Jahres kommen. Seither wurde der Start mehrfach verschoben - kürzlich wieder, und zwar auf kommenden Herbst (nach WR v. 16.4.).

Solange so viele Menschen - bedingt durch Niedriglohn, Unterbeschäftigung, Erwerbslosigkeit oder zu knappe Renten – unter oder an der Armutsgrenze leben müssen, erwarten wir, dass auch ein vom VRR aufgelegtes Sozialticket nicht hinter den Standards zurückbleibt, die wir in Dortmund erreicht hatten. Auch ein VRR-Sozialticket müsste sich nach unserer Auffassung preislich an dem orientieren, was im Regelsatz nach „Hartz IV“ bzw. „Grundsicherung“ für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel vorgesehen ist (derzeit 18,41 Euro monatlich). Es muss mindestens die Preisstufe A umfassen und rund um die Uhr nutzbar sein.

Was aber plant der VRR?

Aus den internen Beratungen hören wir, dass die geplante finanzielle Entlastung für die Betroffenen von Runde zu Runde weiter zusammengestrichen wurde. Angekündigt war ein Elefant – herauskommen wird bestenfalls eine Maus.

Veranstaltungsankündigung

„**Wo bleibt das VRR-Sozialticket?**“
mit Prof. Heinz-J. Bontrup und Vertretern
verschiedener Initiativen

Veranstalter: DGB Region Ruhr-Mark

23. Mai 2011, 17 Uhr

im Gewerkschaftshaus Bochum, Alleestr. 80

Die ermäßigte Monatskarte ist mittlerweile komplett vom Tisch. Die CDU ist eingeknickt - sofern es sich nicht ohnehin nur um ein Wahlkampfmanöver gehandelt hatte. Die SPD-Fraktion hatte schon von Anfang an quer geschossen und diverse Verkehrsvorstände und Betriebsräte gegen die Einführung eines Sozialtickets Sturm laufen lassen. „Wenn das

Land ein VRR-Sozialticket will, dann soll die Landesregierung es auch komplett finanzieren“, so ihr Fraktionsvorsitzender. Sein Name ist übrigens Ernst Prüsse - uns Dortmundern kein Unbekannter, denn er amtiert auch im Dortmunder Rat als SPD-Fraktionsvorsitzender.

Nach den uns vorliegenden Informationen ist zu befürchten, dass sich die Sozialdemokraten mit einer Alibi-Lösung durchsetzen werden (zusammen mit der CDU hätten sie eine klare Mehrheit in der VRR-Verbandsversammlung). Danach sollen die Betroffenen mit einer 20-prozentigen Ermäßigung auf Vierertickets abgespeist werden. Das hieße: Statt 8,40 € vielleicht 6,70 € (bei Preisstufe A). In Fahrten ausgedrückt, würde das 11 statt ansonsten - ohne Ermäßigung - knapp 9 Einzelfahrten im Monat erlauben.¹ Und selbstverständlich würde uns das großzügige neue „Angebot“ als Errungenschaft verkauft werden ...

als Monatsdeputat vorgesehen: 5 ½ Fahrten zu Preisstufe A hin und zurück

Bitter, aber wahr: Die Landesregierung hat bereits signalisiert, dass sie die Mini-Lösung als Sozialticket anerkennen werde. Und der VRR dafür Zuschüsse aus dem Landeshaushalt erwarten kann.

Eine größere Verarsche war selten: Ähnlich wie vor ein paar Jahren in Dortmund war eine Studie In Auftrag gegeben worden, die für das ursprünglich angekündigte ermäßigte Monatsticket (mit Preisen zwischen 15 und 23 €) horrenden Verlustzahlen vorhersagte. Genau so hatten es sich die Kritiker gewünscht; es war wie Wasser auf ihre Mühlen.

¹ Zugrundegelegt der neue Regelsatzanteil von 18,41 € und der aktuelle Preis für ein 4er-Ticket Preisstufe A für Erwachsene (8,40 €)

Was uns aber besonders empört:

Bei allen (internen) Überlegungen zur Preisgestaltung spielt der im Regelsatz bei Hartz IV bzw. Grundsicherung enthaltene Anteil für eine ÖPNV-Nutzung keine Rolle mehr. Armut, und ihre Folgen, interessiert die Herren offenkundig herzlich wenig. Das einzige, worauf es den „Strategen“ im VRR noch ankommt: Sie wollen auf jeden Fall die Landeszuschüsse mitnehmen. Diese eingerechnet, soll unter dem Strich für den Verbund eine Null herauskommen. Auf keinen Fall jedenfalls zusätzliche Verluste. So die Forderung der beteiligten Verkehrsunternehmen und der Prüsse-SPD.

Das heißt doch wohl im Umkehrschluss, dass die Unternehmen – DSW21, BOGESTRA, Rheinbahn und wie sie alle heißen - samt Prüsse & Co keinerlei Skrupel haben, Arbeitslose und GeringverdienerInnen bei den Fahrpreisen weiterhin über Gebühr zu belasten. Ihre zynische Logik: Entweder diese schaffen es, ihren Verbrauch bei anderen Ausgabe-positionen zu senken, um so das Geld für die Fahrkosten rauszuholen, oder sie müssen halt zusehen, wie sie ohne Bus&Bahn zurecht kommen. Man/frau kann ja schließlich auch noch zu Fuß gehen ...



Aktion vor dem Rathaus 14.1.2010

Die VRR-Preispolitik ist unterirdisch!

Unsere Vorstellungen von dem, was sozial ist, sind definitiv andere. Wir wollen für die, die aufgrund von Armut oder Erwerbslosigkeit gezwungen sind, von „Hartz IV“ oder „Grundsicherung“ zu leben, keine Almosen! Und keine Mogelpackung! Mobilität ist schließlich kein Luxusartikel. Sich zumindest innerhalb der eigenen Stadt bewegen zu können, ohne ständig rechnen zu müssen, ob das im Haushaltsgeld noch drin ist, gehört für uns zu den Grundvoraussetzungen für eine Teilhabe am allgemeinen sozialen und kulturellen Leben.

**Her mit einem Sozialticket, das diesen Namen wirklich verdient !
Schluss mit der Ausgrenzung einkommensschwacher Bürger/-innen im Revier!
500 Euro Eckregelsatz für Alleinlebende bzw. Haushaltsvorstände!**

Neben der Kommunalpolitik stehen dafür auch die kommunalen Verkehrsbetriebe in der Verantwortung. Gerade, wenn es um Menschen geht, die ganz besonders auf den ÖPNV angewiesen sind.

Auch wenn der VRR im Vergleich mit anderen Verkehrsverbänden vielleicht noch relativ günstig abschneidet: Die Höhe der (regulären) Preise, und die Art und Weise, wie sie zustande kommen, stinkt mittlerweile vielen.

Es ist bekannt, dass die VRR-Tarifstrategen mittels regelmäßiger „Preis-Elastizitätsuntersuchungen“ herauszubekommen versuchen, wie viel die Kunden und Kundinnen soeben noch bereit sind, für bestimmte Fahrten zu zahlen. Aus den Ergebnissen leiten sie die Eckwerte für die nächste turnusmäßige Tarifierhebung ab, als sei dies die größte Selbstverständlichkeit auf der Welt. Ähnlich wurde bei der oben erwähnten Marktstudie für ein VRR-Sozialticket verfahren.

Soziale und Umweltaspekte geraten auf diese Weise immer mehr ins Hintertreffen. Und das bei wachsender privater Armut. Fast 1 Mio. Menschen im VRR-Raum müssen ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise aus gesetzlichen Sozialleistungen bestreiten!

Es ginge auch anders. Einige Städte – wie das belgische Hasselt oder das brandenburgische Templin – demonstrieren, dass eine Stadt auch mit einem Nulltarif gut fahren kann. Auf jeden Fall aber sollte der Öffentliche Verkehr für jedermann erschwinglich sein!

Selbstverständlich soll ein Sozialticket nicht auf Kosten der Beschäftigten in den Verkehrsbetrieben eingeführt werden. Solcherlei Befürchtungen sind aber ohnehin vorgeschoben. Der 2-jährige Modellversuch in Dortmund hat gezeigt: Die kommunale Subvention für das Sozialticket lag mit 6-7 Mio. € unterm Strich viel niedriger als offiziell behauptet. Die Erlös-Situation der DSW-Verkehrsbetriebe hatte sich durch das Sozialticket verbessert, die Zahl der Fahrgäste deutlich zugenommen. Insofern macht sich die Fahrpreisvergünstigung auch für die Beschäftigungssicherung bezahlt.

Und noch eins: Natürlich sind die 18,41 €, die in den Regelsätzen nach SGB II oder SGB XII für die Nutzung des ÖPNV vorgesehen sind, nach wie vor eigentlich ein schlechter Scherz. Aber wer hat sie festgelegt? Waren an der Ausgestaltung der Sätze auf Bundesebene nebst FDP nicht auch sämtliche oben genannten Parteien maßgeblich beteiligt ???